

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Weitere Rückwirkungen.

Neu Hauptquartier der Besatzungsarmee.

Paris, 21. November. (W.B.) „Figaro“ will erfahren haben, daß die durch die Räumung der Aöliner Zone nötig gewordene Umgruppierung der Besatzungsgruppen in den Rheinlanden weitere Folgen nach sich ziehen werde.

Man schreibt dem französischen Oberkommando die Absicht zu, im besetzten Gebiet einen schwachen Teil der Besatzungsarmee zurückzulassen und den Rest in Lothringen und im Unterelsaß unterzubringen.

Unter dieser Bedingung sei die Anwesenheit eines Kommandos in Mainz nicht mehr nötig. General Guillaumat werde sein Hauptquartier in eine Stadt an der Mosel verlegen, wahrscheinlich nach Metz.

Man kündigt an, daß General Guillaumat demnächst seine Stellung ausgeben und nach Paris zurückkehren werde, um die Stellung eines stellvertretenden Chefs des Obersten Kriegesrates einzunehmen.

Amnestie im besetzten Gebiet.

Ueber die Amnestie im besetzten deutschen Gebiet und die Gegenleistung der Reichsregierung durch Amnestierung von Separatisten und dergleichen stehen Einzelheiten noch nicht fest. Es ist der Reichsregierung bekannt geworden, daß die Alliierten, die bei der Londoner Dawes-Konferenz vereinbarte Amnestie für den Ruhrkampf bis zum 1. Dezember 1925 für Vergehen gegen die Besatzungsregeln und Vorschriften ausdehnen wollen. Es ist außerdem angeregt worden, durch Austausch von Regierungserklärungen den Bewohnern der besetzten Gebiete noch bekanntzugeben, daß sie durch lokales Verhalten gegenüber alliierten Behörden nicht mit deutschen Befehlen und Gerichten und durch lokales Verhalten gegenüber deutschen Behörden nicht mit den Besatzungsgerichten in Konflikt kommen können. Vereinbart ist darüber noch nichts, es soll zunächst eine Aussprache der beiderseitigen Sachverständigen veranstaltet werden.

Das Reichskommissariat in Koblenz.

Koblenz, 21. November. (W.B.) Das Reichskommissariat für die besetzten rheinischen Gebiete wird als Dienstgebäude das Generalkommando am Castorhof erhalten, worin es bereits vor dem passiven Widerstand untergebracht war, nachdem nunmehr die französische Besatzung das Gebäude freigegeben hat.

Sozialdemokraten bei Luther.

Der Kanzler über seine Absichten. — Franken verschwindet.

In Vertretung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion waren heute vormittag die Genossen Wels und Crispian beim Reichskanzler Dr. Luther, der sie über die politischen Absichten der Reichsregierung informierte.

Reichsjustizminister Dr. Franken wird gleichzeitig mit den anderen Reichsministern nach der Unterzeichnung der Locarno-Verträge zurücktreten, wie das vom Reichskabinet beschlossene ist. Er hat aber erklärt, ein Ministerium nachher nicht wieder annehmen zu wollen. Offiziös wird dazu bemerkt, daß dieser Entschluß nicht mit dem, übrigens recht hohen Alter oder mit dem Gesundheitszustand Dr. Franken zusammenhänge. Diese offiziöse Erklärung ist negativ und dunkel. Warum sagt man nicht geradeheraus, warum Franken gehen will?

Montag Reichskanzlerrede.

Dienstag Debatte im Reichstag.

Der Kabinettsrat des Reichstags trat heute zur Beratung der Geschäftsliste zusammen. Er beschloß, daß am Montag um 11 Uhr vormittag die große politische Aussprache über die Regierungsvorlage bezüglich des Vertrages von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beginnen soll. Die Verhandlungen werden durch eine Rede des Reichskanzlers Dr. Luther eingeleitet werden. Nach der Rede des Reichskanzlers wird sich das Plenum auf Dienstag verlegen. Am Montag nachmittag wird aber der Auswärtige Ausschuß des Reichstages zusammentreten, um über die Entwaffnungsfrage zu beraten. Die Vollsitzung des Reichstages am Dienstag, die die Reden der Parteiführer bringen wird, soll schon um 10 Uhr vormittags beginnen.

Die Debatte soll spätestens am Mittwoch zu Ende geführt werden.

Der Kabinettsrat beschäftigte sich dann noch mit dem kommunistischen Antisage auf Wiederzulassung der während der Zolldebatte ausgeschlossenen kommunistischen Abgeordneten. Die Angelegenheit wurde zunächst dem Geschäftsordnungsausschuß zur generellen Prüfung überwiesen, ob eine solche Zurücknahme eines Ausschlusses überhaupt möglich ist.

Die Locarno-Verträge im Reichsrat.

Sitzung heute mittag.

21. teilt mit: Die ursprünglich auf gestern nachmittag angelegte Sitzung des Reichsrats findet nunmehr heute um 12 Uhr mittags statt. Vorher treten die Ausschüsse des Reichsrats zur Beratung der Gesetzesvorlage über die Locarno-Verträge zusammen. Die Vorlage wird jedenfalls in der heutigen Sitzung des Reichsrats verabschiedet werden.

Wie weiter verlautet, wird die gesamte Abteilung 1 des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete nach hier verlegt, um als Reichskommissariat in Tätigkeit zu treten. Der Tag des Eintreffens des Reichskommissars und seiner Beamten ist noch nicht bekannt.

Die französische Gendarmerie bleibt.

Koblenz, 21. November. (W.B.) Die Gerüchte, daß mit dem Abbau der Kreisbezirksdelegation auch die französische Gendarmerie in die Heimat abtransportiert würde, trifft nicht zu. Die Gendarmerie wird im besetzten Gebiet nach wie vor der Besatzungsarmee unterstellt bleiben. Als Unterfunksort kommen Garnisonen in Frage. Die Verwendung und Aufgaben der Gendarmerie decken sich mit denjenigen, die seinerzeit die amerikanische Militärpolizei innehatte. Die Patrouillen und Streifen werden auch für die Zukunft beibehalten.

Radioapparate im besetzten Gebiet grundsätzlich erlaubt.

Koblenz, 21. November. (W.B.) Die Verordnung der Rheinlandkommission über die drahtlose Telegraphie, die am 1. Dezember in Kraft tritt, bestimmt u. a.:

Auf Grund des Artikels 11 des Rheinlandabkommens, der ausschließlich den Militärbehörden die Vollmacht gibt, Genehmigungen zur Errichtung funktentelegraphischer Anlagen im besetzten Gebiet zu erteilen, und in Ermägung dessen, daß die Oberbefehlshaber der Besatzungsarmee die Absicht bekundeten, grundsätzlich den Gebrauch funktentelegraphischer Empfangsapparate zuzulassen, vorbehaltlich der Beobachtung eines Verfahrens, das geeignet ist, die Sicherheit der Armee zu gewährleisten, wird angeordnet:

Gesuche um Erlaubnis zur Anlage funktentelegraphischer Empfangsapparate sind an die zuständigen deutsch. Behörden zu richten.

Die von den deutschen Behörden erteilten Genehmigungen oder Genehmigungskisten sind aber erst dann gültig, wenn sie entweder einzeln oder in Bausch und Bogen von den Militärbehörden gegengezeichnet sind, die die Ermächtigung dazu durch die Oberbefehlshaber besitzen. Eine zweite Ausfertigung der Genehmigungen muß in den Händen der obgenannten Militärbehörden verbleiben.

Knappe Mehrheit für Painlevé.

Die Sozialisten stimmen für die Regierung.

Paris, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Der neue Zwischenfall, zu dem es am Freitag abend in der Kammer gekommen ist, hat eine rasche Beilegung erfahren. In der Nacht-sitzung hat Painlevé auf Grund von Bepflegungen eine neue Erklärung abgegeben, daß die Regierung fest entschlossen sei, die Stabilisierung und Aufwertung des Franken in Angriff zu nehmen und auf diesem Wege vor keinem Mittel zurückzuschrecken. Die Regierung habe nicht ohne Mühe ihre Kreditforderungen auf 1,5 Milliarden eingeschränkt und auf jede Erhöhung des jetzigen Notenumlaufs verzichtet. Genosse Blum teilte mit, daß die sozialistische Fraktion mit 38 gegen 14 Stimmen beschlossen habe, für die zweite Lesung zu stimmen, aber die Partei halte daran fest, daß die neuen Vorschläge der Bank von Frankreich an den Staat unter keinen Umständen den Betrag von 1,5 Milliarden übersteigen dürfen. Die Fraktion erkläre schon jetzt, daß sie auch in Zukunft jeden Antrag auf Erhöhung des Notenumlaufs ablehnen werde. Darauf wurde gegen Mitternacht mit 294 gegen 250 Stimmen die zweite Lesung beschlossen. Ein Antrag der Rechten auf Vertagung wurde mit 287 gegen 267 Stimmen abgelehnt. Die Kammer behandelte dann zunächst die Gegenvorschläge. Der von den Kommunisten eingebrachte Finanzvorschlag wurde mit 499 gegen 56 Stimmen abgelehnt.

Keine Verschiebung der Unterzeichnung.

Nur Abgabe von Festlichkeiten.

London, 21. Nov. (W.B.) In London sind anfänglich des Todes der Königin-Mutter Alexandra viele Feste und andere öffentliche Veranstaltungen abgesagt worden. Aus allen Teilen des britischen Reiches treffen Beteiligungsbedingungen am Hofe ein. Sämtliche Morgenblätter haben heute in herzlichen Worten gehaltene Leitartikel und ausführliche Lebensbeschreibungen der Verstorbenen gebracht.

Die Veranstaltungen, die für die Unterzeichnung des Vertrages in London in Aussicht genommen waren, werden zum Teil nicht stattfinden. Wahrscheinlich wird das Fest und der Empfang im Buckinghampalast am 1. Dezember abgesagt werden.

Ein Sicherheitspakt für Minister.

Bei einem unpolitischen Essen in London erzählte Chamberlain, daß zu Anfang der Konferenz von Locarno einer der deutschen Delegierten über Briand sagte: Wenn Briand immer französischer Außenminister sein würde, dann brauchen wir keine schriftlichen Abmachungen treffen. Darauf habe Briand erklärt, wenn er sich darauf verlassen könne, daß die deutschen Delegierten Deutschland immer vertreten würden, dann würde dieser Vorschlag für ihn annehmbar sein. In London erklärte Chamberlain jetzt unter Heiterkeit der Anwesenden: Er habe damals eingeworfen, vielleicht sei die Erklärung am verkehrten Ende begonnen worden; es sei vielleicht geschehen, daß die Erklärung des Sicherheitspaktes für die Rationen einen Sicherheitspakt für die anwesenden Minister zu enthalten.

Schwarz-Weiß-Rot in Amerika.

Zur Psychologie der Deutschamerikaner.

Von Wilhelm Sollmann.

Die Reise der Reichstagsabgeordneten zur Konferenz der Interparlamentarischen Union in Washington gab den deutschen Volksvertretern Gelegenheit, auch mit zahlreichen Deutschamerikanern in Berührung zu kommen. Mit reicher Gastlichkeit kamen sie überall den Sendboten der Heimat entgegen. Insbesondere wurden der Reichstagspräsident Paul Löbe und der Reichstanzler a. D. Joseph Wirth durch Ehrungen ausgezeichnet, obwohl sie, wie die große Mehrheit der deutschen Delegierten, zu den überzeugten Republikanern gehören. Dies hervorzuheben ist notwendig, weil es scheint, als ob die Vereine und Klubs drüben bisher noch niemals unter den Einfluß deutscher Republikaner gekommen wären.

Nur einmal grüßte uns auf dem Boden der Vereinigten Staaten die Flagge des Deutschen Reiches: inmitten vierzig anderer nationaler Fahnen im Sitzungssaal des Kapitols zu Washington. Der deutsche Botschafter hatte pflichtgemäß dafür gesorgt, daß das Hoheitszeichen seines Landes nicht fehlte. Die Deutschamerikaner selbst leben noch unter schwarzweißroten Fahnen, leider nicht nur unter dem Fahnenhut, sondern auch in der Gedankenwelt des Deutschlands Wilhelms des Zweiten. Keiner der führenden Deutschamerikaner, der ein Wort der Achtung, geschweige denn der Liebe für Deutschlands neue Staatsform über die Lippen gebracht hätte, kaum einer, bei dem ausreichendes Verständnis für den außenpolitischen Leidensweg der Republik vorhanden wäre. Wo etwa ein deutschamerikanisches Blatt, so am Grabe des ersten Reichspräsidenten, einem republikanischen Staatsmanne gerecht zu werden veruchte, fielen die Protestbriefe stoßweise in die Redaktionskiste.

Unsere Monarchisten pflegen auf diese politische Haltung des „Deutschtums im Auslande“ mit besonderem Stolz hinzuweisen. Nach unseren Erfahrungen in Nordamerika haben sie dazu schwerlich ein Recht. Zunächst in drüben die Klassen-scheidung innerhalb der Deutschen unerkennbar. Die Masse der Vereinigungsglieder sind nicht Arbeiter, sondern Kleinbürger und Bourgeois. Männer und Frauen mit harten Arbeitshänden fanden wir in den deutschen sozialistischen Versammlungen, nicht bei den Banketten und auf den Kundgebungen der Deutschamerikaner. Trotzdem: wo sozialdemokratische, demokratische und Zentrumsabgeordnete sich in den Versammlungen zu dem neuen Deutschland, zur sozialen schwarzgoldenen Republik befanden, gab es ein Aufatmen, ein Aufwachen bei vielen. Endlich gaben Deutsche dem in Worten Ausdruck, was sie lange empfinden, aber bei der scheinbar alles beherrschenden nationalistischen Phrasologie in sich verschlossen hatten. Was sich auf dem Gebiete eines vertiegnen Nationalismus heute noch in Amerika tut, begreift man, wenn man im Jahre 1925 drüben von der Rednertribüne das hohe Wort Emanuel Geibels hört, daß am deutschen Wesen noch einmal soll die Welt genesen. Man mag zugleich ermesen, wie stark in den Reiten von Dawes und Locarno durch solche Redensarten bei den Amerikanern Sympathien für Deutschland erworben werden.

Die Republik und die Republikaner haben zu wenig — oder war es nichts? — getan, um die Deutschamerikaner über die Ursachen und die Bedeutung des Umschwungs in Deutschland aufzuklären. Die Monarchisten scheinen in dieser Propaganda ein Monopol zu besitzen. Dabei haben sie, von engstem Parteisinne abgesehen, noch nicht einmal nennenswerte Erfolge gehabt. Es kann jeden internationalen Marxisten jammern, wenn er deutschamerikanische Monarchisten — die übrigens seit Jahren und Jahrzehnten begeisterte Bürger des amerikanischen Freistaates sind und sich ihren Monarchismus nur für Deutschland reservieren — mit stärkstem englischen Akzent für Schwarz-Weiß-Rot, für die Hohenzollern, für neuen deutschen Militarismus radebrechen hört. Es kommt sogar vor, daß sie ihre deutsch-nationalen Reden in englischen Worten vortragen, weil ihnen die deutschen Muttertaute verschwunden sind. Sehen wir von einigen rühmlichen Ausnahmen ab, so fanden wir die unverminderte Beherrschung der deutschen Muttersprache drüben eigentlich am meisten bei Juden, Sozialdemokraten und Kommunisten, selbst solchen, die seit Jahrzehnten sich nicht sozial erwerben konnten, um die sehnsüchtig geliebte Heimat wiederzusehen.

In den bürgerlichen Deutschamerikanern lebt ein Deutschland, das nicht mehr besteht und von jeder Heberzeugung aus betrachtet, nicht mehr ausgerichtet werden kann. Hinzu kommt, daß viele Deutschamerikaner in den verhängnisvollen Fehler verfallen, von drüben aus die innerpolitischen deutschen Probleme lösen zu wollen, statt ihre ganze Kraft auf die Beeinflussung der amerikanischen Politik zu richten. Auch viele deutschamerikanische Sozialisten sind besser in unserer Innenpolitik zu Hause als in der des amerikanischen Reiches, dessen Bürger sie sind. Mit europäischen oder gar mit deutschen Maßstäben dürfte aber in Nordamerika schwerlich großer Einfluß möglich sein, und mit dem Schimpfen auf die Prohibition allein ist auch nichts getan.

In Versammlungen und Privatgesprächen erfahren wir, daß sehr wohl auch für das neue Deutschland Verständnis bei den Deutschamerikanern zu wecken ist. Es wäre eine Aufgabe für das Reichsministerium des Auswärtigen und seiner Organe in Amerika, mehr an Erklärung über den neuen deutschen Staat zu leisten. Bis jetzt hat man den Eindruck, daß unsere

Auslandsvertretungen glauben, mehr oder weniger den Vorurteilen der führenden Deutschamerikaner und ihrer rechts-parteilich beeinflussten Presse sich beugen zu müssen. Die deutschen Auslandsvertretungen könnten zum Beispiel sehr wohl auch behaupten, daß die Fahne der Republik auch außerhalb des Reiches gezeigt wird. Das wäre gerade in Nordamerika notwendig, wo man einen großartigen Kultus mit dem Sternbanner treibt. In allen Amtsgebäuden, ja in allen Kirchen und auf unzähligen Privathäusern ist die amerikanische Fahne zu sehen. Besucht man aber beispielsweise das deutsche Generalkonsulat in New York, so ist das einzige deutsche Hoheitszeichen ein dilettantisch gemalter Reichsadler, der in kümmerlichster Aufmachung vor der Tür steht. Daß er in schwarzweißen Farben gehalten ist, wird man natürlich als Zufall betrachten müssen. Millionen Amerikaner beurteilen die deutsche Republik und das ganze Deutschland der Nachkriegszeit nach dem Auftreten der Deutschamerikaner, und sie müssen dabei zu sehr schiefen und für Deutschland schädlichen Urteilen kommen. Ohne die Stimmung des amerikanischen Volkes gegenüber Deutschland noch immer alles andere als günstig. Wir bezweifeln nicht, daß die Deutschamerikaner, die oft genug Opferwilligkeit für die Heimat gezeigt haben, ihrem alten Vaterlande dienen wollen; um so notwendiger ist, ihnen zu sagen, daß ihre geradezu feindliche Parteinahme gegen die deutsche Reichsverfassung, gegen große Teile des deutschen Volkes und gegen die Staatspolitik eine schwere Schädigung Deutschlands ist.

Reichswehr und Monarchie.

Eine sozialdemokratische Interpellation.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag folgende Interpellation eingebracht:

Am 11. Oktober 1925 hat der General a. D. Sigi von Armin auf dem Berliner Garnisonfriedhof anlässlich der Enthüllung des Augustanerdentmals, dessen Sockel die Inschrift trägt: „Aus unseren Gebeinen wird ein Räder entstehen“, in Anwesenheit einer Traditionskompagnie der Reichswehr u. a. nach dem stenographisch aufgenommenen Wortlaut erklärt:

„Ich habe die hohe Ehre, daß Seine Majestät, der Kaiser und König, mich beauftragt haben, das Denkmal des Regiments Augusta und seiner Reserveregimenter 55 und 202 einzuweihen. Wir gedenken seiner in ehrfurchtvollem Dankbarkeit und unwandelbarer Treue und sind so, wie er bei uns, im Geiste bei ihm. Ich begrüße den Prinzen Oskar von Preußen, den erlauchten Sproß des Kaiserhauses, die Vertreter der Reichswehr, von der wir bewußt sind, daß sie vom selben Geiste wie das alte Heer beseelt ist, ferner die Vertreter der Behörden usw. . . .“

Das oberste Gesetz für uns alle ist das der Pflichterfüllung, getreu den Kriegspartikeln und dem Fahnenfeld, den wir seiner Majestät geschworen haben. . . .“

Nach Bekanntwerden dieser Äußerung hat der Herr Reichswehrminister nichts unternommen, um die Reichswehr von solchen monarchistischen Veranstaltungen fernzuhalten. Bald darauf hat der General a. D. von Seibitzel in Augsburg anlässlich einer Gefallenenfeier ein Hoch auf den Kronprinzen Rupprecht von Bayern ausgebracht und gesagt, daß dieser „nach dem Gesetz und den Forderungen unserer Herzen unser König wäre“. Der General a. D. von Seibitzel hat sich dabei scharf gegen das vom Reichswehrminister erlassene Dekret verhalten. Auch bei dieser Veranstaltung war die Reichswehr vertreten und bei dem Hoch auf den bayerischen Kronprinzen hat die Reichswehrkapelle Tusch gebissen.

Was denkt die Reichsregierung zu tun, damit die Reichswehr künftig von monarchistischen Veranstaltungen ferngehalten wird, bei denen unter Berufung auf die Tradition Propaganda gegen die Republik getrieben wird und damit die Reichswehrsoldaten zum Ungehorsam gegen ihre Pflicht als Schützer der Republik angereizt werden?“

Diese Interpellation wird sicher Gelegenheit geben, auch sonst auf die Tätigkeit des Herrn Reichswehrministers einzugehen, der es bis heute peinlich vermieden hat, seine Haltung gegenüber den bayerischen Putschisten klar festzulegen.

Sie schnorren bei den Kapitalisten.

„Revolutionäre“ Bettelbriefe.

Als vor zwei Jahren der Ortsausschuß Berlin des A. D. B. sich mit der Absicht trug, zur Unterstützung der ungeheuren Zahl der Arbeitslosen eine öffentliche Sammlung zu veranstalten, wurde er in der hahnheuchlerischen Weise des wegen von der „Roten Fahne“ angegriffen. Was aber macht die SPD. selbst, wenn es sich um die Unterstützung der Opfer ihrer eigenen Politik handelt? Sie verschickt unterm 7. November ein Rundschreiben an eine große Anzahl von Firmen, in dem es heißt:

Sehr geehrte Firma!

Die unterzeichnete Organisation erlaubt sich mit folgender Bitte an Sie heranzutreten. Wir sind eine über das ganze Reichsgebiet verbreitete noch hunderttausenden zählende Organisation zur Unterstützung der Familienangehörigen der in den Gefängnissen sitzenden Arbeiter, die wegen politischer Straftaten verurteilt sind. . . . Die „Rote Hilfe“ unterstützt die Angehörigen der politischen Gefangenen und diese selbst ohne Rücksicht auf die parteipolitische Zugehörigkeit (woraus ein nativer Feiler schließen könnte, daß auch die Rechtsradikalen unterstützt werden), was folgende Zahlen . . . beweisen mögen. (Es wird dann angeführt, daß im Monat August etwa 68 000 Mark ausgezahlt worden seien.)

Es ist ohne weiteres einleuchtend, daß die Mitglieder unserer parteilosen Organisation wegen Arbeitslosigkeit und geringem Einkommen allein nicht in der Lage sind, diese ungeheuren Summen aus eigener Kraft aufzubringen, noch viel weniger ist es ihnen möglich, die für die Winterhilfe und Weihnachtsgaben erforderlichen Mittel heranzuschaffen. Wir bitten Sie, deren Kundenkreis sich doch größtenteils aus den Schichten der arbeitenden Bevölkerung zusammensetzt, uns bei diesem Hilfswerk . . . zu unterstützen. Des Dankes der Arbeiter, die bei Ihnen kaufen, können Sie gewiß sein. Wir würden dafür Sorge tragen, daß Ihre tatkräftige Hilfe durch die Arbeiterpresse oder — falls Ihnen dies unerwünscht — durch unsere Organisation von Mund zu Mund bekannt wird. . . . Wir werden durch persönliches Vorsprechen unserer mit einem Ausweis versehenen Mitglieder in einigen Tagen Ihre Entscheidung entgegennehmen lassen, falls Ihre Entscheidung uns nicht vorher durch telephonische oder schriftliche Benachrichtigung . . . mitgeteilt wird. In der Hoffnung, keine Zehnbillette getan zu haben, zeichnet mit bestem Danke im voraus

hochachtungsvoll

Verbandsvorstand der „Roten Hilfe“ Deutschlands,
Beirat Berlin-Brandenburg, Winterhilfekommission.
Renzel, Abg. und Vorsitzender der Kommission.

Es gab eine Zeit, wo die Sozialdemokratische Partei weder nach Hunderttausenden zählte, wie die „Rote Hilfe“ von sich behauptet, noch überhaupt irgend eine legale Existenz hatte. Es war die Zeit der schlimmsten Sozialistenverfolgung. Niemals aber ist es ihr eingfallen, mit solchen jämmerlichen Bettelbriefen bei den Kapitalisten schnorren zu gehen. Man kann sich ungefähr vorstellen, welche Empfindungen ein angeführter Kapitalist haben muß, wenn er einen solchen würdevollen Brief von der angeblich so revolutionären SPD. bekommt, die von den Kapitalisten erbettelt, was zu tun sie selbst sträflich vernachlässigt.

Der Fall Wandt.

Die Verschleppung der Wiederaufnahme.

Von dem Verteidiger des Schriftstellers Wandt, dem Rechtsanwalt Ohmt, erhalten wir folgende Zuschrift:

„Durch wiederholte Veröffentlichungen in Ihrem Blatt haben Sie Ihr Interesse an dem ausserordentlichen Fall des Schriftstellers Heinrich Wandt bekundet. Mit Recht ist insbesondere die Frage aufgeworfen worden, weshalb die Wiederaufnahme des Verfahrens und die Haftentlassung sich verzögert, nachdem sogar die

Anklagebehörde des Reichsgerichts in Leipzig sich dem Antrage angeschlossen hat, das Verfahren wiederaufzunehmen. Der Antrag, den ich als Verteidiger ausgearbeitet hatte, erbringt durch Vorlage neuer wichtiger Urkunden und bisher unbekannter Veröffentlichungen den Nachweis, daß das angeblich von Wandt dem belgischen Schriftsteller Wallus zugänglich gemachte Protokoll der deutschen Nachrichten-Abteilung überhaupt keine der belgischen Regierung gegenüber geheimen Nachrichten enthält. Der Antrag weist ferner nach, daß die Annahme im Urteil unzutreffend ist, andere Personen als Wandt könnten unmöglich das Stück ausgeliefert haben.

Die mir jetzt durch besondere Nachfragen bekannt gewordenen Tatsachen, daß in diesem Stadium die Akten dem Reichswehrministerium zur Verfügung gestellt wurden, weil eine frühere Äußerung desselben abhandeln gekommen sei, an Stelle die durch den Sachverhalt gebundene richterliche Entscheidung im Senat des Reichsgerichts zu treffen, zwingt mich, im Namen Wandts die Öffentlichkeit anzurufen.

Durch die vorgelegten neuen Urkunden sind Untergebene des damaligen deutschen Nachrichtenoffiziers, die als völlig zuverlässig galten, schwer befaßt; gegen einen von ihnen ist Anzeige wegen Meineids erstattet. Die wochenlange Zurückhaltung der Akten im Reichswehrministerium hat dazu geführt, daß in der Sache wegen Meineids Schritte überhaupt noch nicht unternommen sind und Wandt vergeblich bis auf den heutigen Tag auf seine Haftentlassung warten muß.“

Die Öffentlichkeit erwartet mit Recht, daß im Falle Wandt endlich die Wiederaufnahme erfolgt, denn wo hier Recht und Unrecht liegt, ist längst klar erwiesen.

Die Aufnahme der Regierung Skrzynski.

Zurückhaltende Sympathie.

Warschau, 21. November. (Vom Vertreter des WTB.) Das neue Kabinett findet als Regierung einer Koalition von fünf politischen Parteien, der Nationaldemokraten, christlichen Demokraten, Großpolen und Witos, Sozialdemokraten und Nationalen Arbeiter in der Warschauer Presse im allgemeinen eine sympathische, wenn auch ziemlich zurückhaltende Aufnahme. In verschiedenen Blättern wird darauf hingewiesen, daß noch viele und schwere Gegenstände des Parlaments und des öffentlichen Lebens in Polen und auch im Schoße der neuen Regierung vorhanden sind.

Der deutsch-französische Zolltarif.

Der Senat für Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Paris, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Im Senat kam es am Freitag bei der Besprechung einer Interpellation über die Maßnahmen, die die Regierung anzuwenden gedenkt, um die neuen Erhöhungen des deutschen Zolltarifs zu bekämpfen, zu einer Aussprache über die deutsch-französischen Handelsbeziehungen. Der Handelsminister Daniel Vincent stellte mit, daß die deutsche Regierung es abgelehnt habe, den Ergebnissen der französischen Landwirtschaft Vorzugstarife einzuräumen, solange der gegenwärtige vertraglose Zustand bestehe. Es bleibe deshalb nur ein Ausweg, die unterbrochenen Handelsvertragsverhandlungen so bald als möglich wieder aufzunehmen und zu einem raschen Abschluß zu bringen. Die französische Regierung werde nach dieser Richtung alles tun, was in ihren Kräften stehe.

Towonen für ein „freies“ Syrien. Der neuernannte Kommissar für Syrien, de Towonen, erklärte in einer Rede, daß er für den nationalen und religiösen Ausgleich in Syrien sorgen und den Frieden wiederherstellen werde. Frankreich werde den Syrern damit den Weg zur Unabhängigkeit frei machen, die aber nur auf der Basis des Friedens zu erreichen sei.

Einreiseverbot für Deutsche nach Indien. Die indische Regierung, die nach dem Kriege deutschen Staatsangehörigen die Einreise auf fünf Jahre gesperrt und diese Politik bis jetzt unverändert aufrecht erhalten hat, beschloß nunmehr, dem Beispiel Großbritannien zu folgen, und die Einreise Deutscher nach Indien genau so zu behandeln, wie die anderer Ausländer.

Der Helferrich-Preis.

Von Hans Bauer.

Es gibt einen Nobel-Preis für Literatur, Chemie, Physik. . . . Es gibt einen Nobel-Preis für tatkräftige Friedensegung. Seit ein paar Tagen gibt es auch einen . . . nein, keinen Nobel, aber einen Helferrich-Preis für nationales Denken. Der deutschnationale Parteivorstand hat die Tatsache der Stiftung dieses Preises feierlich vom Podium des Parteitagess herunter verkündet und freudigen Beifall für die Mitteilung geerntet.

Wenn man es recht bedenkt, ist die Gedankenverbindung von Geld und nationaler Gesinnung nicht gar so neu. Das nationale Denken, wie jene es auffassen, pflegt in der Regel nicht uneinbringlich zu sein, ja, mehr als dies: aus seiner erweislichen Rentabilität leimen die festigsten Triebe seiner Existenz. Immerhin war der innige Zusammenhang von Gesinnung und Hins, den sie abwarf, bislang verwischt und machte sich mehr in der indirekten Form der Dividende als in der direkten der geldlichen Zuwendung bemerkbar. Das soll schon so bleiben. Aber daneben soll nun auch die unmittelbare Prämierung des nationalen Denkens in ihre Rechte treten. Das Preisrichtergremium dürfte keine leichte Arbeit haben. Nicht deshalb, weil zu befürchten stünde, daß so leicht kein Würdiger zu finden wäre, sondern im Gegenteil, weil zu erwarten steht, daß die Qual der Wahl außergewöhnlich groß sein wird. Wie erheblich ist doch allein in Bayern das Heer der gutgeschulten und wohl-disziplinierten nationalen Denker! Auch im ganzen übrigen Reich ist nationale Denkungsart fleißig studiert worden. Wie viele haben gar ihren Hiltiberuf an den Nagel gehängt, um sich ausschließlich der nationalen Denkungsbranche zu widmen, die immer ausichtsreich gewesen ist.

An Anwärtern fehlt es also nicht: Aus Richtern und Staatsanwälten rekrutieren sie sich, denen nicht einmal die Hintanfegung ihrer Gewissensbedenken ein zu großes Opfer für die nationale Sache bedeutete, aus Landwirten und Industriellen, die trotz aller Regung ihres guten Herzens in die Höhe trieben, um die Nation nicht der Gefahr eines ausweichenden Lebens auszuweichen und damit der Vermischung und Verschleppung, aus Fernbedauern, denen ihre besten Kameraden nicht zu schone für die praktische Ausprobierung der Methode waren, durch die dem deutschen Volk allzeit geholfen werden kann.

Wer vielleicht hat das Kollegium auch vor, nicht die praktische Auswirkung des nationalen Denkens, sondern nur dessen beste literarische Fixierung preiszuverleihen. Und da wäre ja wohl zu vermuten, daß einer jener bayrischen Dramatiker ausgezeichnete würde, von denen jetzt 1200 Feststücke an Werwolf, Stahelme und anderen Schnopobenden über die Bretter gehen, die die Zuhörer vor dem Kopf haben.

Nochmals Pirandello.

Barnowstks „Tribüne“ brachte gestern die deutsche Erstausführung von Pirandellos „Heinrich IV“, dem Trauerspiel, das wir bereits vor fünf Wochen im Staatlichen Schauspielhaus gesehen haben. Die Aufführung war damals sozujagen authentisch: es spielte die eigene italienische Schauspieltruppe des Dichters unter seiner persönlichen Regie. Fritz Wendhausen sicherte sich bei seiner Inszenierung in der „Tribüne“ von vornherein einen Vorsprung vor der italienischen, indem er entschlossen den Kostüme anwandte und unbedenklich Kürzungen vornahm in einem Umfang, wie sie der Dichter nicht übers Herz gebracht hätte. Diese Kürzungen waren entscheidend.

Es ist kein günstiges Zeichen für den Wert eines Stückes, wenn Kürzungen seine Bühnenwirkungen erhöhen. Der gedankliche Inhalt des Trauerspiels hat wie alle Werke Pirandellos auf den ersten Blick etwas Pöndendes. Gewiß ist der Einfall, einen Wahnsinnigen, der sich für den deutschen Kaiser Heinrich IV. — bekannt durch seinen Wüßergang nach Kanossa — hält, sich im mittelalterlichen Hofstaat umgibt und den gegenwertsernen Traum von seiner Majestät auch noch nach der Gesundung weiterspinnt, auf die Bühne zu bringen, originell und trägt dramatische Möglichkeiten in sich. Pirandello schöpft sie nicht aus. Die Lust am bunten Bielelei des Theaters, das ineinander greifen von Gegenwart und Mittelalter, das Theater auf dem Theater, waren bestehend mit ihrem funkelnden Glanz, aber Heinrich IV. ist kein erlebnishaftes Bühnendrama, sondern ein einziger Monolog, unterbrochen durch eine unentschlossen hin und herpendende Handlung und durch fast gezwungen eingeschaltete Gespräche zwischen mehreren Figuren. Eine Philosophie, als die sie der Dichter gelten lassen möchte, ist das Trauerspiel auch nicht. Der scheinbar logisch aufgebaute Gedankenturm hat Sprünge. Das ist keine Philosophie, sondern wesentliche Bernünstlelei, die nur im Augenblick überzeugen kann.

Die Aufführung in der „Tribüne“ hatte noch ein zweites Plus: die deutschen Darsteller besitzen nicht das lebhafteste Temperament ihrer italienischen Kollegen, dafür aber das Vermögen, ihre Rollen leise zu durchdringen. Während im Staatstheater, abgesehen von Picasso, Wimen auf der Bühne standen, sprachen gestern zu uns wahrhaftige Menschen. Heinrich IV. war Alexander Rossi. Er spielt ihn bewußter und betonter als damals Picasso. Eine erregende Homiegestalt, groß in seinem Schmerz, beängstigt in den Ausbrüchen des gepielten Wahnsinn, bald ein stiller Duder, bald ein machtvoller Ankläger. Der reiche, anhaltende Beifall goll der Musik seiner Sprache, aber auch den übrigen Darstellern, von denen Leontine Sagan, Karl Ellinger und Höfer besonders zu nennen sind.

Ernst Degner.

Friedrich Albert Lange.

Friedrich Albert Lange, der vor 50 Jahren in Rarburg als Professor der Philosophie starb, wird in der Geschichte der Philosophie heute mit Vorliebe als derjenige genannt, der die Epoche des philosophischen Materialismus abschließt und den Beginn der neuen an Kant orientierten Philosophie bedeutet. Hegels düstere Spekulationen hatten den Abseuer der Naturforscher vor aller Philosophie zur Folge gehabt, und die Philosophie selbst verfiel um die Mitte des vorigen Jahrhunderts in einen iden und geistlosen Materialismus.

Friedrich Albert Lange, selbst ein hervorragend scharfer Geist, der nicht die Bäume aus Syllogismen, sondern aus der lebendigen, betrachteten Erde wachsen sah, hat, ohne eigentlich ganz und gar der Weltanschauung des kritischen Philosophen Kant zu zuwenden, doch, trotz aller Neigung zu materialistischem Denken, in seiner berühmten und noch heute lesenswerten „Geschichte des Materialismus“ betont, daß „man allen Grund hat, mit den ernstesten Studien, wie sie bis jetzt unter allen Philosophen fast nur auf Aristoteles verwendet worden sind, in die Tiefen des kantischen Systems einzudringen“.

Friedrich Albert Lange wäre aber in seiner Bedeutung keineswegs erschöpft, wenn man ihn lediglich als einen Lehrer und Vorläufer der Cohen'schen oder Marburger Richtung in der Philosophie betrachtete. Langes Bedeutung besteht darin, daß er um die Mitte des vorigen Jahrhunderts einen in Deutschland seltenen und darum um so bemerkenswerteren Typus des philosophischen Gelehrten verortete. Philosoph und Gelehrter, hat er doch jenen gefunden Sinn für die Realität, jene nähere Erkenntnis dessen, was im Alltag um ihn herumgeht, wie man es sonst nur bei Geistern angelegentlichster Rasse, also etwa bei Mill und Spencer, trifft. Friedrich Albert Lange hat die Relapsphilosophie als „Begriffsdichtung“ angesehen, und darin lag nicht nur eine Ablehnung metaphysischer Spekulation aus wissenschaftlichen Gründen, sondern darin lag zugleich die Aufforderung: Philosophen, erntet, was auf dieser Welt sachlich ist! Betrachtet Armut, Not, Krankheit und Gesellschaftsordnung und kümmerl euch um die Verbesserung dieser Dinge. Was man zu Langes Philosophie also stehen wie man will, ihm bleibt der Ruhm, sich als einer der ersten Philosophen mit der „Arbeiterfrage“ auseinandergesetzt zu haben, in einem Buch, dessen ausgezeichnete Klarheit und energische Stellungnahme zu den Kernproblemen der Gesellschaftslehre noch heute nicht bloß bei den Nationalökonomien eifrigste Lektüre verdient. Hier tauchen schon Widersprüche der landläufigen Argumente gegen den Sozialismus auf, die heute noch manchen allzu schnellen Beurteilern einer Gesellschaftsumwälzung recht deutlich ins Bewußtsein gerückt werden sollten. Und die Gedanken über die Reform des Erbrechts und die Parzellierung des Großgrundbesitzes wirken heute noch recht lebendig, denn sie sind weder utopisch noch doktrinar. Wir Deutschen haben eine überraschend große Anzahl hervorragender wissenschaftlicher Fachleute und Gelehrter, aber wir haben nicht viel Gelehrte vom Schlags Friedrich Albert Langes, die mit ihrem Scharfsinn und Geist nicht bloß die Rätsel der Wissenschaft, sondern die dringenden Probleme des praktischen Lebens zu lösen und zu entwirren suchten.

H. F.

Neonals-Vorträge. Sonntag (5. 7. 9): „Am Wunderland des ewigen Eises“. Von Montag ab täglich (5 oder 7): „Die Leute Aitens“, 9: „New York im Film“. Dienstag (7): „Ford's Kistenbetriebe“, Mittwoch (5): „Sibirien“, (7): „Zvier“, Freitag (5): „Von Meer zu Meer“.

Geschäftsanzeigen der Woche. Montag, 22. November: Margarete, Milm. Th. i. d. Kömaggacher Str.: Metzgermeister II. — Th. am Anstaltsdamme: Regen. Frei. Schil. Th.: Brackbunds Befehlshaber. — Volkshaus: Der befreite Don Quixote.

Totenfeierbeschlüsse. Der Männerchorverein „Remeros“ gibt Sonntag, 6. Uhr, im Saalbau Friedrichshain unter Mitwirkung des Volkshausorchesters ein Konzert. — Um 7 Uhr beginnt im Bürgeraal des neuen Schöneberger Rathauses das Konzert des Männergesangsvereins „Liederfeste“ unter Mitwirkung des Daphne-Trios.

Mussolini kneift.

Am nicht auf der Strecke liegen zu bleiben, fährt er nicht nach London.

Rom, 21. November. (W.Z.) Die italienische Delegation, die sich zur Unterzeichnung des Paktes von Locarno nach London begeben wird, wird bestehen aus dem Führer der italienischen Delegation in Locarno, Senator Scialoja, ferner aus dem Mitglied der gleichen Delegation Marquis Medici del Vascello und dem Rechtsfachverständigen Pissotti.

Die Katholiken verzichten auf dieses „Parlament“.

Rom, 21. November. (W.Z.) Die neuen Zwischenfälle der „Popolari“ mit den Faschisten in den Wandelgängen der Kammer haben der Aventin-Opposition jede Lust zur Rückkehr ins Parlament genommen. Die Gruppe der katholischen Volkspartei hat nach der Mißhandlung ihrer Abgeordneten beschlossen, vorläufig auf jede Teilnahme an den Kammerarbeiten zu verzichten und das Urteil über die Lage dem Parlament zu überlassen. Der Beschluß wird mit der Hege des Faschismus gegen die „Popolari“ und den Zwischenfällen in der Kammer begründet, wodurch sich die Unmöglichkeit für die katholische Kammergruppe ergäbe, ihre Aufgaben zu erfüllen, ohne zu ernstlichen Zwischenfällen Anlaß zu geben, die niemand innerhalb des Parlaments wünschen könnte.

Rom, 21. November. (W.Z.) „Popolo di Roma“ bringt Einzelheiten über die gestrige Hinausdrängung dreier Popolari aus der Kammer. Das Blatt bezeichnet es als eine Frechheit und Provokation, daß die Popolari überhaupt in den Wandelgängen erschienen seien und wieder den Sitzungssaal betreten wollten. Aus den Einzelheiten, die das Blatt gibt, geht hervor, daß der Popolari-Abgeordnete Guarienti mit Faustschlägen und Ohrfeigen traktiert worden sei. Der Generalsekretär des Faschismus Farinacci habe drei Popolari gefogt: „Ihr, die ihr die Hauptverantwortlichen an dem elenden Aventin-Hinterhalt seid, könnt nicht mehr daran denken, in der Kammer zu erscheinen. Ihr sollt nicht einmal mehr in den Wandelgängen erscheinen dürfen.“ Nach dem „Popolo di Roma“ erklärte der faschistische Abgeordnete Barbellini: „Geht hinaus, ihr Herausforderer, und erinnert euch, daß ich ein antisozialistischer Spezialist im Kopfschlagen geworden bin, denn ich verhaue heute nur noch Parlamentarier.“ Der Republikaner Chiesa, der sich gestern in den Wandelgängen der Kammer zu zeigen wagte, wurde ebenfalls hinausgedrängt. Nach dem „Popolo di Roma“ und dem „Messaggero“ haben auf Grund dieser Vorfälle die Popolari und die Demosozialisten beschlossen, nicht mehr in der Kammer zu erscheinen.

Die Umgemeindungen im Ruhrgebiet.

Neuregelung der kommunalen Grenzen.

Dem preussischen Staatsrat ist in diesen Tagen ein im Ministerium des Innern ausgearbeiteter Entwurf über die Neuregelung der kommunalen Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk zugegangen.

Dem Problem, das zu lösen ist, liegt die Tatsache zugrunde, daß die Industrialisierung des Gebiets die alten Ortsgrenzen völlig verwischt hat, was verwaltungsmäßig zu großen Schwierigkeiten führt. Zur Abstellung der Uebelstände liegen zwei Pläne vor. Der weitestgehende Plan gipfelt in der Schaffung einer einzigen Gemeinde, die den ganzen Industriebezirk zwischen Dortmund und Essen umfaßt, mit gleichzeitiger starker Dezentralisierung. Der zweite Plan sieht auf eine Erweiterung der vorhandenen Großstädte hinaus, in der Weise, daß sie wie Essen jeweils an die beiden Flüsse Escher und Ruhr stoßen. Auch für diesen Plan, der Mittelstädte wie Wattenscheid usw. befreit hätte, konnte sich die Staatsregierung nicht entschließen. Der Vorschlag der Reglementierung im vorgelegten Gesetzentwurf hält sich sehr weitgehend an das bisher Vorhandene und bringt lediglich Grenzänderungen größeren und kleineren Umfangs. Der leitende Gesichtspunkt war dabei die Schaffung von Gemeinden, die sich ohne steuerliche Ueberlastung behaupten und ihren Aufgaben gerecht werden können.

Gestern beschäftigte sich das Plenum des Staatsrats mit der Vorlage, über die zunächst als Hauptberichterstatler Dr. Steiniger, Berlin (Abd.-Gem.), Bericht erstattete. Der Berichterstatler behandelte eingehend die Einzelheiten der umfangreichen Vorlage, hebt aber hervor, daß es nicht Aufgabe des Staatsrats sei, in alle Einzelheiten einzudringen. Das bleibe dem Landtag vorbehalten.

Der Mitberichterstatler Weich-Dortmund (Soz.) hebt hervor, daß die Regierungsvorlage davon ausgehe, daß eine Schicksalsgemeinschaft zwischen Wirtschaft und Gemeinde besteht, und daß die wirtschaftlichen und Gemeindegrenzen möglichst zusammengelegt werden sollen. Dieses Ziel würde vollkommen nur erreicht werden, wenn man von Duisburg bis Hamm eine einzige Großgemeinde bilden würde. Der Redner sieht eine Gefahr der Vorlage darin, daß in den Gemeinden nicht die Gemeindegrenzen, sondern die Werte bestimmenden Einfluß erhalten.

In der Aussprache erhebt Juchs (Soz.) Bedenken gegen einzelne Bestimmungen der Vorlage. Wenn die Umstellung einer Industrie von Kohle auf Elektrizität erfolgt, so werden schwierige Abhängigkeiten im Kohlenbergbau und Kohlenhandel vor sich gehen.

Ein Regierungsvorredner weist darauf hin, daß bei der Vorlage in erster Linie allgemeine staatspolitische, kommunalpolitische und wirtschaftspolitische Gesichtspunkte eine Rolle spielen. Die Interessen der Wirtschaft an dem Kommunalleben der eigenen Gemeinde werden erhöht und auf der anderen Seite die Interessen der Kommunen an dem Wohlergehen der wirtschaftlichen Betriebe gesteigert. Diese Zusammenarbeit wird durchaus produktionsfördernd wirken.

Dr. Rumpf (Abd.-Gem.) bezeichnet die Vorlage als eine glückliche und wertvolle Lösung für die Entwicklung des Ruhrkohlenbezirks.

Damit schließt die Aussprache. Angenommen wird eine Entschließung, die folgende Einzelvor schläge macht:

1. Der Staatsrat empfiehlt, die notwendigen Schritte zur Hebung der offenkundigen Notlage des Restkreises Hattingen sobald vorzunehmen und die Leistungsfähigkeit der übrigen Restkreise nach Möglichkeit zu sichern.

2. Er empfiehlt, die nach den Behauptungen der Beteiligten bei Königsstele und anderwärts bestehenden Fehler in der Grenzbeschreibung nachzuprüfen.

3. Es wird empfohlen, der durch die Vereinigung von Steele und Königsstele entstehenden Gemeinde den Namen „Steele“ beizulegen.

4. Hinsichtlich der Stadt Bochum und ihrer Umgebung wird empfohlen, die Landgemeinden Eppendorf und Höntrop ungeteilt mit Bochum, dagegen den nach dem Entwurf zu Bochum zuzuschlagenden Teil von Gännsfeld gemäß dem Vorschlag des Provinzialausschusses mit Wattenscheid zu vereinigen.

Eine Bestimmung 6, in der empfohlen wird, die im Entwurf vorgesehene Gemeinden Castrop und Raugel zu einem Gemeinwesen zu vereinigen, wird auf Antrag Dr. Rumpfs gestrichen. Angenommen wird weiter Punkt 7, wonach der Staatsrat der Regierung empfiehlt, den vorgetragenen Beschwerden über Willkürakte gegen Gemeindegrenzen nachzugehen und dafür Sorge zu tragen, daß die Freiheit der Selbstverwaltung in den von der Umgemeindung betroffenen Gemeinden in keiner Weise behindert wird. Weitere Bestimmungen regeln kleinere Einzelheiten.

Unter der Erde.

Die Nordföhrbahnbauten Hermannsplatz-Hohenzollernplatz.

Wer in diesen Tagen zum Hermannsplatz kommt, sieht sich urpöhlisch in einem Laboratorium rastloser Arbeit. Ein unendliches Reg von Drähten und elektrischen Anlagen umgibt das unterirdische Terrain. Betonierungen sind im Gange, an manchen Stellen werden die schweren Türen des Tunnels schon geschlossen und Facharbeiter nehmen die technischen Details des großzügigen Nordföhrbahnprojekts in Angriff.

In drei Schichten zu je acht Stunden steht eine Belegschaft von 1360 Arbeitern ununterbrochen im Dienste des Werkes, um den Tunnelbau nach vor Anbruch stärkerer Winterfroster, der ein Lahmslegen der Arbeiten auf lange Frist erzwingen könnte, im wesentlichen fertigzustellen. 1280 Tiefbauarbeiter und 1280 Maurer, Zimmerer, Flechter und Maschinisten schaffen hier in schwerer Schicht den Eisenbeton der Decken und die inneren Anlagen, deren komplizierte Konstruktion minutiöse Arbeit erfordert. An Sonn- und Festtagen wird durchgearbeitet. Am letzten Dienstag hat die Arbeit der erheblichen Nachfröste wegen für einige Tage eingestellt werden müssen, da die Betonmischungen Frost nicht vertragen können. Wenn keine erheblicheren Störungen eintreten, ist mit Schließung der Decken zu Anfang bis Mitte Januar zu rechnen. Ein Teil der Decken ist, wie erwähnt, schon heute geschlossen. Hier ist mit der Bodensättigung und den Pflasterungsarbeiten begonnen worden. Nach Fertigstellung der Gewölbe folgt die architektonische und technische Ausstattung der Bahnhöfe; weiterhin Jugfsicherungsarbeiten, Bau von Stellwerken und die Kabelarbeiten. Zum Abstellen des Grundwassers in den Gewölben helfen zuerst zwölf Pumpen, die aber jetzt auf fünf vermindert sind. Vier Betonmischmaschinen sind in Betrieb, um aus Kies und Zement die Betonierungsmaterie herzustellen. Jede Maschine hat 750—1000 Liter Fassungsvermögen, ein respektables Quantum, vor allem, wenn man es mit vier multipliziert. Drei Krane zum Entladen der Riesmengen gehören ebenfalls zur unentbehrlichen technischen Rüstung. Je zwei Eisenbiege- und Eisenstreichmaschinen richten das Material in nötiger Proportion her. Die Kabelleitungen sind Regiebetrieb der Nordföhrbahngesellschaft, die Malarbeiten und der elektrische Ausbau werden von fremden Unternehmern durchgeführt. Mit der Fertigstellung des Gesamtbetriebes ist zwischen Mitte und Ende Februar zu rechnen.

Die Anlage der Bahnhöfe ist bekanntlich so gedacht, daß am Hermannsplatz ein Doppelausgang nach der Berliner Straße in Höhe des Friedhofes angelegt wird. Zwei weitere Ausgänge werden vor der „Neuen Welt“, gegenüber dem Café Jahrburg, münden. Weiterhin wird eine Verbindung der RS. mit der UEG-Bahn durch rollende Treppen, die auf den Hermannsplatz führen, angestrebt. Zwei Treppen sollen herauf und herunter führen und die, da sie beweglich sind, in verschiedener Richtung gestellt werden können. Vor dem Reußdöhrer Rathaus ist ein Bahnhof geplant, der den Namen „Rathaus Reußdöhr“ führen soll. Der zweite wird unter der Bezeichnung „Bergstraße“ in der Steinwegstraße liegen. Diese beiden Bahnhöfe sind bis auf Kleinigkeiten fertig. Uebrigens wird die Linie Hohenzollernplatz bis Bergstraße als Abstellgleis bemutet werden. Wenn starker Frost ausbricht, hofft die Betriebsleitung die Belegschaft mit Aufbaumassnahmen im Tunnel beschäftigen zu können. (Abbeden der Gerüste, Materialräumung usw.) Immerhin könnte diese Arbeit nur mehrere Wochen ausfüllen.

Die Länge der Strecke beträgt insgesamt drei Kilometer (bis Hohenzollernplatz), bis Bahnhof Bergstraße 2,8 Kilometer. Hier beginnt das Abstellgleis. Es ist zu wünschen, daß es gelingt, die Arbeiten innerhalb der gesteckten Frist zu vollenden. Ein Werk von bringender verkehrstechnischer Wichtigkeit wäre damit durchgeführt. Uebrigens sind alle Fristberechnungen, was, um allzu großem Optimismus vorzubeugen, gesagt sei, in der winterlichen Jahreszeit durchaus von der Witterung abhängig.

Das erlaubt Herr Gessler!

Regiments- und Kriegervereine sind „unpolitisch“.

Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold ist von allen Republikanern bei der Totenfeier für den bekannten Kampflieger Freiherr von Richthofen vermischt worden. Auf unsere Nachfrage bei der Gauleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold wird uns hierzu folgendes mitgeteilt:

Wie bereits in den Zeitungen berichtet, war bei der Ankunft des Sarges das Reichsbanner durch Mitglieder des Gauvorstandes vertreten. Der Gauvorstand hielt eine Beteiligung auch an der Trauerfeierlichkeiten für selbstverständlich und wandte sich bereits am 13. November mit der Bitte um Ueberweisung des Standplatzes und Angabe der Zahl der Teilnehmer, die zugelassen werden könnten, an das Reichswehrministerium. Vom Reichswehrministerium bzw. dem Wehrfreikommando III erhielt der Gauvorstand des Reichsbanners mit Schreiben vom 17. November folgenden Befehl:

Wehrfreikommando III

(3. Division)

Ic Nr. 27316

Berlin, den 17. November 1925

An das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

Gauvorstand Berlin-Brandenburg

Berlin S. 14, Sebastianstr. 37/38.

Dem Antrage des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold vom 13. d. M. kann nicht entsprochen werden, da gemäß Verfügung des Reichswehrministeriums bei der Beisehung des Rittmeisters Freiherr von Richthofen die Teilnahme politischer Verbände jeglicher Art grundsätzlich nicht gestattet ist.

v. Horn, Generalleutnant.

Nach Empfang dieser unverständlichen Antwort ließ der Gauvorstand nichts unversucht, um trotzdem eine Teilnahme zu ermöglichen. So wurde es ermöglicht, daß an der Veranstaltung die vom Reichswehrministerium als „unpolitisch“ angesehenen Regiments- und Kriegervereine, die jeden Republikaner und jeden Reichsbannermann aus ihren Reihen ausschließen, allein teilnehmen konnten. Doch ministerielle Stellen es heute noch wagen, das Reichsbanner als politische Organisation und die nach den Ausschritten auf ihren Fahnen „Mit Gott für Kaiser und Reich“ kämpfenden Verbände des Kriegerbundes als unpolitische Organisation bezeichnen, muß als eine erhöhte Provokation aller Republikaner angesehen werden. Man wird bei all diesen Totenfeiern den beschämenden Eindruck nicht los, als ob es dabei weniger um die Ehrung der Toten, als um eine gefühlsmäßige Demonstration für die Ziele bestimmter Kreise ginge.

Raubmord bei Müncheberg.

Ein Kapitalverbrechen, das am vergangenen Sonntag auf der Chaussee zwischen Müncheberg und Jangnsfelde verübt wurde, beschäftigt auch die Berliner Kriminalpolizei. Gegen 6½ Uhr abends fand man auf dem Felde etwas abseits von der Chaussee die Leiche eines jungen Mannes, in dem ein 24 Jahre alter Arbeiter Hans Arendt aus Jangnsfelde festgestellt wurde. Wie die Ortspolizei ergab, ist Arendt in der Nähe des Fundortes im Chausseegraben erschossen worden. Dort fand man eine große Blutlache, in der der Tote zunächst gelegen hatte. Neben der Leiche fand man das Fahrrad des Ermordeten, auf dem er von Müncheberg her gekommen war, seinen Ueberzieher und seinen Hut, der auf dem Rade lag. Gerahbt sind ihm seine silberne Remontaruhr mit der Nummer 26898, ein Paar Schnürstiefel und die Strümpfe. Ob er auch Geld bei sich gehabt hat, konnte noch nicht festgestellt werden. Bief ist es jedenfalls nicht gewesen. Die Raubmörder sind noch nicht ermittelt. Dringend verdächtig sind drei unbekannte Männer, von denen zwei abends um 6 Uhr in dem 6 Kilometer von Münche-

berg entfernten Heinersdorf gesehen worden sind. Sie können näher beschrieben werden. Von dem einen weiß man nur, daß er einen Regenmantel trug. Ein anderer ist unter 30 Jahre alt und trug einen hellgrünen Anzug. Der dritte zählt etwa 20 Jahre und trug einen blauen Anzug. Man vermutet in ihnen Wandalen. Mitteilungen zur Aufklärung an Kriminaloberinspektor Gennat im Zimmer 105 des Polizeipräsidiums Berlin.

Zum Tode des Genossen Dr. Weyl.

Beisehung am 5. November.

Die meisten Berliner Morgenzeitungen haben über den Tod des Stadtverordneten Genossen Dr. Weyl noch nicht berichtet. Von den linksgerichteten Blättern bringt die „Bosische Zeitung“ einen längeren Nachruf, in dem die Verdienste des Verstorbenen als Stadtverordneter wie auch als Mitglied des Landtags hervorgehoben werden. Genosse Dr. Weyl sollte auf Anraten des ihn behandelnden Arztes in der nächsten Woche einen längeren Erholungsurlaub antreten, nachdem der Bronchialkatarrh, an dem er erkrankt war, behoben war. Eine plötzlich eintretende starke Herzklammer ließ dieses Vorhaben nicht zur Ausführung kommen. Oberbürgermeister Böß hat der Genossin Weyl in einem herzlich gehaltenen Schreiben das Beileid des Magistrats ausgedrückt. Auch der Alterspräsident der Stadtverordnetenversammlung Kommerzienrat Bamberg er kondolierte im Namen der Stadtverordnetenversammlung. Dem Stadtverordneten Bamberger wird es auch obliegen, in der nächsten Sitzung der Stadtverordneten am kommenden Donnerstag den Nachruf für Dr. Weyl zu halten. Entgegen der Meldung eines Berliner Mittagsblattes können wir mitteilen, daß die Beisehung des Genossen Dr. Weyl am kommenden Mittwoch nachmittags 3 Uhr im Krematorium in der Gerichtstraße erfolgen wird.

Für und gegen Locarno.

Im Organ Stresemanns geht etwas kunterbunt durcheinander. Die Redaktion der „Bilder-Rundschau“ der „Täglichen Rundschau“ opponiert munter gegen die Stresemann-Politik, die Herr Rippler durchaus unerkennbar auf der ersten Seite vertritt. Am 14. November demonstrierten bekanntlich einige hundert „vaterländische“ Jünglinge gegen den „Locarno-Pakt“. Diese jämmerliche Kundgebung der Antilocarnisten bezeichnet der anscheinend östliche Bilderredaktionsflügel als „große Protestkundgebung der vaterländischen Verbände gegen den Vertrag von Locarno“. Das Bild des Demonstrationstagens findet sich halbeitig an der Spitze der Nummer. Man sieht einige Dutzend Winderjährige die Größenverhältnisse der antisozialistischen Volkspartei überaus wirkungsvoll darstellen. Im übrigen: Auf dieser Kundgebung wurde aufs maßloseste gegen den Außenminister geboht und gewütet. Das Blatt Stresemanns jedoch macht eine verlogene Reklame für die „WZ“ und versucht lächerlicherweise das Fiasco der Anti-Stresemänner in einen Erfolg umzuwandeln. Ein Kommentar erscheint hier überflüssig.

Nachprüfung des Telegraphenverkehrs.

Der Telegraphenverkehr ist in allen Ländern gegenüber dem Ferntelephonverkehr ziemlich stark zurückgetreten. Die deutsche Reichstelegraphenverwaltung arbeitet mit einem Zuschuß von 26 Millionen Mark. Es wird jetzt nachgeprüft, ob die Telegramme immer auf dem kürzesten Wege befördert werden und wo das nicht geschieht, soll es herbeigeführt werden. Irgend eine Verschlechterung des Telegraphenverkehrs soll ausgeschlossen bleiben. Die Bevölkerung der Telephonnetze hat die Abwanderung der Geschäftswelt zum Ferntelephon nicht aufgegeben. Für die ganz Dientlichkeit wird es von erheblicher Bedeutung sein, zu hören, daß jetzt schon Telegramme, deren Adresse nur den Namen und den Telephonanschluß, natürlich auch den Wohnort des Empfängers enthalten, gebührenfrei und ohne vorhergehenden Antrag telephonisch zugesprochen werden, um den Beförderungsueg abzukürzen. Meldet sich der angerufene Empfänger nicht, dann wird das Telegramm natürlich durch Boten zugestellt.

„Tannhäuser“ im Rundfunk.

Die Berliner Funkstunde gab Freitag abend „Tannhäuser“ als Sendespiel. Abgesehen von Uebertragungen aus der Staatsoper und der Oper am Königsplatz unternahm sie damit den ersten Versuch, eine große Oper durch Radio zu übertragen. Es ist selbstverständlich, daß eine Uebertragung aus dem Hofhaus künstlerisch und technisch vollendet ist als die aus der Staatsoper. Der dort Sänger, Chor und Instrumente nur im Hinblick auf ihre akustische Wirkung in der Uebertragung gestellt werden, während im Opernhaus dem Sänger je nach den darstellerischen Anforderungen der Rolle große Beweglichkeitsmöglichkeiten gelassen werden muß, was aber monomachal Schwankungen in der Tonstärke, zeitweiliges Ueberdecken der Stimme durch das Orchester zur Folge hat, trotzdem mehrere Empfänger vorhanden sind. Störungen, die bei einem Sendespiel fortfallen. — Das Experiment der Funkstunde gelang trotz der Schwierigkeiten, die „Tannhäuser“ in orchesterlicher Beziehung bietet. Man gab die bekannte Dreidener Fassung mit nur unbedeutenden Strichen im Bachanal und in der Bemessung des ersten Aktes. Am besten klangen die Holzbläser und die tiefen Stricher. Das Orchester unter Georg Szells Leitung entwickelte bereits am Anfang der Ouvertüre einen überaus vollen und befriedigend schönen Klang. Bei Schlagzeug und Blechbläsern bleibt immer noch eine Spur von Verzerrung übrig. Ebenso verhält es sich bei großen Ensemblestücken. So kam in der Uebergabe des Septett der Sänger im ersten Akt zu keiner ausgeprochenen Wirkung, vielleicht durch zu starke Tongebung. Ausgenommen aber der Pülgard im ersten Akt, mit feinsten dynamischen Abstufungen und Schattierungen des Tones. Von den Solisten standen an erster Stelle der Landgraf Emanuel List und Soos als Tannhäuser, der besonders die Romerzählung zu starker dramatischer Wirkung brachte. Auch der Wolfram Bronsgröts bewies große künstlerische Kultur.

Jugendvereinsausstellungen.

Schlußausstellung für Bildhauer, Werkschüler- und Abteilungsleiter: Sonntag, den 22. November, vormittags 10 Uhr, im Jugendheim Lindenstr. 2, Berlin. Sozialistische Literatur und Bilderwerke. Referenten sind die Genossen Max Stein und Beselawit.

Die Tauchversuche nach dem englischen U-Boot.

In 69 Meter Tiefe.

Wie aus Bortsmouth berichtet wird, ist einer der mit dem Aufschwimmen des Unterseebootes M 1 beschäftigten deutschen Taucher, Otto Kraft, am 20. d. M. kurz vor Beginn der Dunkelheit zum erstenmal auf der Stelle, wo das Unterseeboot gesunken sein soll, abgestiegen. Die Tiefe des Wassers betrug 69 Meter. Trotz der Tatsache, daß es nicht gelang, das Boot zu finden, wird der Versuch als ein Triumph für den deutschen Erfinder sowie für den Taucher, der in schwer erschöpftem Zustande wieder an die Oberfläche kam, angesehen.

Die europäische Krähwinkel. Für die Reise eines jugoslawischen Konsulats erforderlich. Dagegen bedürfen Reisende der D. Züge auf den Strecken München-Jasencje-Podbrdo-Triest, Wien-Marburg-Rafel-Triest und Budapest-Korba-Rafel-Triest keines jugoslawischen Sichtvermerkes; sie haben in den D. Zügen der beiden letztgenannten Strecken lediglich eine Gebühr von 10 Dinar (8 Mark) für die Durchreise zu entrichten. Die Gebühr wird im Zuge erhoben.

Auf Grund geraten. Der Hamburger Dampfer „Ernst Hugo Stinnes II“ ist nach einer Meldung aus Oslo in der Nähe von Kalesund auf Grund geraten. Das Schiff ist fast gesunken und wird wahrscheinlich völlig irrt werden. Die Mannschaft ist in Kalesund angekommen.

